

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telex: 686 846 ppbn d
Telefax: 915 20-12



Inhalt

Wolf-Michael Catenhusen MdB
zur Neuauflage der Debatte
um den Ressortzuschnitt:
Technologiepolitik ist mehr als
Wirtschaftsförderung.

Seite 1

Gemot Eler MdB zum Drän-
gen der Transformationsstaa-
ten Mittel- und Osteuropas
nach Westen: Liegt Europas
Zukunft im Osten?

Seite 2

48. Jahrgang / 3

6. Januar 1993

Technologiepolitik ist mehr als Wirtschaftsförderung Zur Neuauflage der Debatte um den Ressortzuschnitt

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB
Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Forschung,
Technologie und Technikfolgenabschätzung

Immer wenn Personalveränderungen im Bundeskabinett anstehen, wird in Bonn mit Leidenschaft das Spiel "Neuzuschnitt der Bundesministerien" gespielt. Auch die Opposition spielt mit, gilt es doch Schwachstellen der Regierungspolitik durch Vorschläge für eine neue Abgrenzung der Ressorts deutlich zu machen. Mein Fraktionskollege Wolfgang Roth hat nun die Idee der Bildung eines Industrieministeriums durch Übertragung der Technologieförderung aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie in das Wirtschaftsministerium neu aufgewärmt. Nebenbei könnte so der Rest des BMFT mit dem ohnehin kompetenzarmen Bundesbildungsministerium zusammengelegt werden.

Richtig ist: solange Freidemokraten das Amt des Wirtschaftsministers bekleiden, ist es nicht zu einer vernünftigen Integration von Wirtschaftspolitik und Technologiepolitik zu einer innovationsorientierten Industriepolitik gekommen. Für Freie Demokraten ist "Industriepolitik" ein Reizwort, das sie bis heute zurückweisen, wo die Notwendigkeit einer aktiven Industriepolitik für den Strukturwandel in Ostdeutschland mittlerweile sogar vom Bundeskanzler betont wird und Bill Clinton am Konzept einer stattlichen Industriepolitik für die USA arbeitet. Das Wirtschaftsministerium hat in den Bereichen der Technologiepolitik, in denen es seit den 70er Jahren Kompetenzen besitzt, meist durch fehlende Konzepte und Untätigkeit geblüht: bei der marktnahen Technologieförderung und der Markteinführung neuer Technologien. Hier sind in den 80er Jahren gerade mittelstandsorientierte Fördermaßnahmen abgebaut worden.

Wir brauchen ein Gesamtkonzept einer innovationsorientierten Industrie- und Technologiepolitik. Forschungs- und Technologieförderung muß aber als Querschnittspolitik ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen verpflichtet sein. Technologiepolitik muß

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortung für Inhalte
übernehmen die Verfasser
Rudolf Schwinn



die Aufgabe, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft zu stärken, mit der Zielsetzung verbinden, durch die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien Beiträge zur Lösung großer ökologischer und sozialer Zukunftsaufgaben zu leisten. Hinzu kommt, daß in der Praxis Grundlagenforschung und angewandte Forschung sowie industriebezogene Forschung und Entwicklung immer stärker aufeinander bezogen werden. Eine konsequente institutionelle Trennung der Förderung der Grundlagenforschung von der Förderung industriebezogener Forschung und Entwicklung, wie sie Wolfgang Roth vorschwebt, wird dieser Entwicklung in keiner Weise gerecht.

Ein zukunftsorientiertes Konzept von Technologiepolitik als Querschnittspolitik ist nicht unbedingt in einem aufgeblähten Wirtschaftsministerium gut aufgehoben. In Japan zeichnet sich das Ministerium für internationalen Handel und Industrie (MITI) durch ein hohes Maß an Koordinations- und Konsensbildungsarbeit aus. In der Technologieförderung ist das MITI nicht dominant, es steht nach wie vor in Konkurrenz zu anderen Einrichtungen wie dem Wissenschaftsministerium und dem STA (Science and Technology Agency).

Wir brauchen ein neues Konzept einer innovationsorientierten Industrie- und Technologiepolitik, die ressortübergreifend konzipiert und betrieben wird. Man erreicht dies aber nicht einfach dadurch, daß Technologiepolitik insgesamt zu einem Unterthema der Wirtschaftspolitik reduziert wird.

(-/6. Januar 1993/rs/ks)

Liegt Europas Zukunft im Osten ?

Zum Drängen der Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas nach Westen

Von Gernot Eler MdB

Bis zum Sommer 1992 fand ein Betrachter von außen folgendes dichotomische Bild von Gesamt Europa vor: Groß im Westen der Fixstern der Europäischen Gemeinschaft, dessen Helligkeit mit dem Zusammerrücken der zwölf Mitglieds-Sterne immer intensiver wird, umkreist in näheren Umlaufbahnen von den Nachbarsternen der sieben EFTA-Staaten. Im Osten dagegen statt Integration Auflösung und Chaos: Nach dem Ende von Warschauer Vertrag und RGW im April bzw. Juli 1991 ein Zusammenbruch der innerosteuropäischen Marktbeziehungen, der Zerfall der Sowjetunion in schließlich 15 neue unabhängige Staaten bis Ende 1991, ja das Entstehen blutiger Konflikte nach dem Bersten der jugoslawischen Föderation und entlang manch anderer ethnischer Konfliktlinien. Licht und Schatten waren eindeutig verteilt. Wer in der Kälte des Ostens saß, richtete automatisch den Blick in die westliche Sonne. Analytiker der europäischen politischen Entwicklung entdeckten eine gefährliche gegenläufige Tendenz in Ost und West - dort Desintegration und ökonomische Krise, hier die Vorbereitung zu einer neuen Stufe der Integration unter dem Stichwort Maastricht, gestützt von einer anhaltenden prosperierenden Entwicklung, in der Solidargemeinschaft der Zwölf.

Es hat nur wenige Monate gebraucht, bis sich dieses Bild in entscheidenden Details verändert hat. Die dänische Entscheidung gegen Maastricht vom Juni 1992 entschleierte das westliche Integrationsideal. Disharmonien wurden sichtbar, bestätigt in der knappen Pro-Maastricht-Entscheidung Frankreichs und der EWR-Ablehnung der Schweiz. Dabei wurden Widersprüche zwischen den Interessen von politischen und ökonomischen Eliten einerseits und einer scheinbar hinterherhinkenden Einsicht breiter Bürger-Öffentlichkeiten in die Segnungen des vertieften europäischen Integrationsprozesses sichtbar. Plötzlich erschien der Europazug noch auffaltbar, der am 1. Januar 1993 den Bahnhof Binnenmarkt passieren, aber dann schnell weiter in Richtung Europäische Union davonbrausen soll.

Der jüngste EG-Gipfel in Edinburgh hat gezeigt, wozu diese Irritationen führen. Die zwölf Regierungschefs hatten alle Hände voll zu tun, um ihre eigenen Probleme zu lösen. Sonderrechte und Ausnahmen mußten den blockierten Europazug wieder flott machen, der aber nun auf Nebengleisen weiterfährt, weitere Rangieraufenthalte nicht ausschließend. Das Zusammenhalten der Zwölf auf der Integrations-Trasse erforderte derart viel Kraft, daß es zu konkreten Entscheidungen über die vielen Patienten, die von außen an die Türen der EG klopfen und Einlaß begehren, nicht mehr reichte. Die De-

vise heißt jetzt: Vor der Erweiterung erst einmal die Zwölfertruppe zusammenhalten, die sich eine verteilte Gemeinschaft vorgenommen hat.

Zu den Verlierern im Gefolge dieser noch vor zwölf Monaten so nicht erwarteten Schwierigkeiten gehören die osteuropäischen Staaten. Sie sehen ihre Hoffnungen schwinden, über die Brücke der Assoziation möglichst noch bis Ende dieses Jahrzehnts das Wunderland der EG betreten zu dürfen. Ihre Enttäuschung kann unangenehme Folgen haben. Die Europäische Gemeinschaft kann sich nicht leisten, auf längere Zeit nur Brocken aus dem Weg zu räumen, die sie sich selbst vorher dorthin gerollt hat. Sie muß die Frage der erweiterten Mitgliedschaft beantworten und damit den osteuropäischen Nachbarn eine verlässliche Perspektive geben. In den Hauptstädten östlich der Oder muß sich Ermüchterung ausbreiten, wenn in Edinburgh lediglich der Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Finnland und Schweden für 1993 angekündigt wird. Aus Erfahrung weiß man, wie lange das dauern kann. Auf der Wartebank sitzen Polen, Tschechen und Ungarn, ein Stückchen weiter auch Bulgaren, Rumänen und Albaner, und Platz nehmen wollen Slowenen, Kroaten, Serben, Mazedonier, Esten, Letten und Litauer. Wenn man ihnen eine Wartenummer aushändigte, würden sich gerne auch einige GUS-Republiken in die Liste eintragen. Ein eigenartiges Bild: Ein Wartesaal voller Europäer, die nach Europa wollen, dafür vorerst aber keine Fahrkarten bekommen.

Die Frage ist: Was haben wir in diesen letzten sechs Monaten erlebt? Eine kleine Unpäßlichkeit der ansonsten strammen Maid namens Europa? Oder doch ein noch nicht abgeschlossenes tektonisches Beben, ausgelöst von den revolutionären Ereignissen des späten Jahres 1989? Meine erste These lautet:

Mehr als uns bewußt ist, war die Idee der westeuropäischen Integration Teil des politischen Systems des Kalten Krieges, also Antwort auf die Systemkonkurrenz des sowjetischen Imperiums. Nach der Verflüchtigung dieser Herausforderung reduzierte sich die argumentative raison d'être der EG auf die Schaffung einer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Einheit, die neben den Vereinigten Staaten, Japan und den fernöstlichen Industrie-Emporkömmlingen bestehen kann. Für diese Legitimation der Europäischen Union konnte ein Massenkonsens, wie er während der Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion gewachsen war, noch nicht hergestellt werden.

Das bedeutet, daß sich derzeit in West- wie in Osteuropa parallele Entwicklungen abspielen, die auf ein und dieselbe Ursache zurückgehen. Das Ende der bipolaren europäischen Nachkriegsordnung hat in Osteuropa die Zwangsintegration unter der Sowjetherrschaft beendet und zugleich nationale und ethnische Konflikte wiederbelebt, die uns an das 19. Jahrhundert erinnern. Mit einer gewissen Zeitverzögerung löst aber die sowjetische Selbstaflösung auch Westeuropa aus dem äußeren Zwang zur Integration. Wo die Gefahr von Außen verschwindet, wird das Ausscheren aus dem europäischen Integrationsweg allmählich zu einem kalkulierbaren Risiko. Der globale konjunkturelle Einbruch verlockt politische Eliten sogar auf egoistische, wenn auch kurzfristige Sonderwege. Die Parallelen zwischen den estnischen und ukrainischen Neo-Nationalisten, die mit eigenen Währungen aus dem Rubel-Raum ausscheren und dabei auf kurzfristige Vorteile sinnen, und der neuen Rechten in Deutschland, die den Glanz der D-Mark einer europäischen Währungsunion nicht opfern will, lassen sich nicht übersehen.

Europa ist sich ähnlicher als vermutet. Das Bild von den auseinanderfallenden Teilen Europas - hier Westen, da Osten - war nur eine verzerrte Momentaufnahme, jetzt wird eine säkulare Tendenz nach dem Verfall der europäischen Nachkriegsordnung sichtbar. Und diese Tendenz ist eindeutig desintegrativ. Wer ihr entgegenwirken will, muß neue Argumente formulieren und neue Bündnisse schaffen für eine europäische Integration.

II.

Ein solcher noch zu schaffender Konsens muß an handfesten Interessen anknüpfen. Es sieht so aus, als gäbe es hier eine spezifische Interessenkonstellation für das Deutschland nach der Vereinigung. Die Bundesrepublik verbindet ohne Zweifel handfeste ökonomische Interessen mit der Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft, auch wenn ihre politischen Vertreter die Europatreue der Deutschen gerne mit Sekundärtugenden in Verbindung bringen. Es überzeugt allerdings nicht sehr, daß der ökonomische Koloss Deutschland sich in masochistischer Lust in die Kontrolle von elf europäischen Partner einbinden läßt, nur weil er Dankbarkeitsgefühle gegenüber den Befürwortern der Einheit findet. Nein, der Export-Riese Bundesrepublik profitiert auch dann noch von dem großeuropäischen

Binnenmarkt, wenn er als Hauptspender der Kohäsionsmittel erhalten muß. Unter den deutschen politischen und ökonomischen Eliten kommt deshalb auch kaum ein Zweifel auf, daß die Bundesrepublik Maastricht zu unterstützen hat. Hier gibt es zahlreiche Konkurrenzen mit ähnlichen Interessen der politischen Klasse von Deutschlands europäischen Nachbarn.

Umso auffälliger ist der Unterschied, was die Behandlung Osteuropas angeht. Hier spielt die Bundesrepublik eine Sonderrolle. Seit Ende 1989 hat Bonn den Reformprozeß in den GUS-Staaten zuzüglich Aserbaidschan und Georgien mit 80,08 Milliarden DM unterstützt. Selbst wenn hierin einige Sonderposten enthalten sind wie die Finanzierung des Abzugs der Sowjettruppen aus der ehemaligen DDR (13,4 Milliarden DM) und die Übernahme von Ansprüchen der Ex-DDR an die ehemalige Sowjetunion (Transferrubel-Saldo), so beeindruckt doch der Abstand zu anderen Geberländern. Zum Beispiel steht einer Summe von 3,18 Milliarden DM deutscher humanitärer Hilfe an die SU-Nachfolgestaaten ein Betrag von 60,1 Millionen DM aus Frankreich und 57,9 Millionen DM aus Großbritannien gegenüber (USA: 1,368 Milliarden DM). Bei der technischen Hilfe lautet das Verhältnis 400 Millionen DM aus Deutschland zu 90,2 aus Frankreich und 149,4 aus England (USA: 401,8 Millionen DM). Insgesamt bringt die Bundesrepublik für die "neuen unabhängigen Staaten" 55,14 % der Gesamthilfe auf, während der Anteil Frankreichs bei 2,76 % und der Großbritanniens bei 0,7 % liegt. Auch bei den mittel- und osteuropäischen Staaten liegt Bonn mit den Hilfsleistungen vorn: Die EG-Kommission hat die deutschen Beiträge auf 15 Milliarden DM addiert (15,9%), während sich Frankreichs Anteil auf 3,8% und der Englands auf 1,5 % beschränkt.

Selbst wenn man die ökonomische Kapazität in Beziehung setzt zu den Potentialen der anderen EG-Partner, kommt man zu dem Ergebnis, daß in der Bundesrepublik das europäische Maß weit überschreitende Bereitschaft besteht, Transferleistungen zugunsten der osteuropäischen Staaten vorzunehmen. Dafür lassen sich folgende Gründe aufzählen:

- Mit dem Leistungstransfer wird die Erwartung verbunden, daß dadurch der politische und ökonomische Reformprozeß im Sinne einer Demokratisierung und marktwirtschaftlichen Orientierungen unterstützt wird;
- ein Teil der Leistungen findet vor dem Hintergrund riskoreicher sozialer und wirtschaftlicher Notstandssituationen statt und trägt entsprechend humanitären Charakter;
- abgewehrt werden sollen dabei Folgeerscheinungen von Pauperisierungsprozessen infolge der krisenhaft verlaufenden Transformationen, wie sie sich z. B. in massenhaften Migrationsbewegungen ausdrücken.

Das besondere deutsche Engagement findet also seine Erklärung in der Nähe zu den Transformationsprozessen bei unmittelbaren nicht weit entfernten Nachbarn. Ein destabilisierender Verlauf der Reformanstrengungen in diesen Ländern kann für Deutschland zu unmittelbaren Gefährdungen und mittelbar, über den Zustrom von Flüchtlingen, zu ernstesten innenpolitischen Krisenerscheinungen führen. Tatsächlich ist dies gegenwärtig in Deutschland bereits der Fall. Nicht nur für die Bundesrepublik ergibt sich aus der krisengeschüttelten osteuropäischen Nachbarschaft eine gefährliche Interessenkollision: Zur Gefahrenabwehr und zur Unterbindung von Wanderungsbewegungen bietet sich eine Abschließung der Grenzen oder wenigstens eine strikte Kontrolle der Grenzübertreite an - dagegen steht das Ideal der Freizügigkeit, ohne die sich natürlich materielle Interessen im Sinne der Erschließung neuer Märkte nicht sinnvoll vertreten lassen. Die einzige Chance, dem Dilemma dieses Widerspruchs von Freiheit und Sicherheit zu entgehen, liegt in einer Verminderung des Wohlstandsgefälles zwischen den west- und osteuropäischen Gesellschaften. Meine zweite These lautet:

In Deutschland gibt es ein ausgeprägtes Interesse an einem erfolgreichen, stabilitätsorientierten Reformprozeß der osteuropäischen Staaten einschließlich der GUS-Länder, ablesbar an den besonderen finanziellen Aufwendungen der Bundesrepublik zur Unterstützung der politischen und ökonomischen Transformation bei den östlichen Nachbarn. Kurzfristig stehen dabei Sicherheitsinteressen im Vordergrund, langfristig die Erschließung entwicklungs- und aufnahmefähiger Absatzmärkte vor der eigenen Haustüre. Angesichts der konjunkturellen Entwicklung allgemein und des enormen Investitionsbedarfs der neuen deutschen Bundesländer zugunsten einer innerdeutschen wirtschaftlichen und sozialen Integration lassen sich die bisherigen Jahres-Leistungssummen der Bundesrepublik nicht wiederholen. Die Entwicklung geht stattdessen zu europäi-

schen bzw. G-24-Programmen mit starker deutscher Beteiligung und zur Ablösung größerer Mitteltransfers durch beratungsintensivere Hilfsprogramme.

III.

Die Interessen der osteuropäischen Länder sind nicht einheitlich und sie werden vom Westen auch nicht einheitlich behandelt. Inzwischen hat sich eine Art Klassengesellschaft in den Transformationsgesellschaften des Osten herausgebildet. Die Avantgardeposition nehmen die sogenannten Visegrad-Länder Polen, CSFR und Ungarn ein. Alle drei Staaten haben eigenständige Reformtraditionen unterschiedlicher zeitgeschichtlicher Tiefe und schafften es, bereits im ersten demokratischen Anlauf die herrschenden kommunistischen Parteien von der Macht zu trennen. Im November 1991 hat die EG mit dieser Troika Assoziationsverträge (die sogenannten Europa-Verträge) abgeschlossen, die per Interimsverträgen seit 1. März 1992 teilweise in Kraft getreten sind und eine ausdrückliche Beitrittsperspektive für die Europäische Gemeinschaft enthalten.

Gegenüber diesen privilegierten Ländern fühlen sich die südosteuropäischen Republiken Bulgarien, Rumänien und Albanien zurückgesetzt, auch wenn mit Sofia und Bukarest ebenfalls Assoziationsabkommen kurz vor dem Abschluß stehen. Bulgarien und Rumänien versuchen mit Nachdruck, aber ohne große Aussicht, Anschluß an die Spitzengruppe zu finden. Dasselbe gilt für die drei baltischen Republiken, die wegen der besonderen Rolle Deutschlands beim Verlust ihrer Selbständigkeit 1941 von Bonn besondere Unterstützung bei ihrem Weg in die EG erwarten. Es ist nur eine Frage der Zeit bzw. der Beendigung des Bürgerkrieges, bis die nachjugoslawischen Republiken ebenfalls ihre Wünsche vernehmlicher äußern werden.

Die "Klassenunterschiede" lassen recht eindrücklich anhand eines Memorandums darstellen, daß die Visegrad-Staaten im September 1992 zur Frage ihres Beitritts in die EG vorgestellt haben. Darin ist von der Notwendigkeit die Rede, nach der humanitären Hilfe und der technischen Hilfe zu einer "dritten Generation" des Beistandes überzugehen, während der durch finanzielle Maßnahmen und Strukturveränderungen die drei Länder systematisch für einen EG-Beitritt programmiert werden sollten. Warschau, Prag und Budapest erwarten ab Ende 1996 konkrete Beitrittsverhandlungen, fordern vor Vollzug der Mitgliedschaft in Kohäsionsprogramme mit aufgenommen zu werden und wollen eine definitive Entscheidung noch vor Ablauf dieses Jahrzehnts auf dem Tisch haben. Meine dritte These lautet:

Solche Erwartungen beruhen zwar auf Hoffnungen, die westliche Politiker geweckt haben, sie sind aber unrealistisch. Mindestens vier der sieben EFTA-Staaten werden vor den Visegrad-Interessenten die Chance zu Beitrittsverhandlungen erhalten und sie auch wahrnehmen (Norwegen, Schweden, Finnland und Österreich). Bis unter erschwerten makroökonomischen Rahmendaten diese Erweiterung umgesetzt worden ist, dürften Jahre vergehen. Die Frage wird lauten, wo die vernünftige Grenze für die durch die Beitritte immer mehr überdehnten, auf Konsensbildung angewiesenen europäischen Entscheidungsinstitutionen liegt. Mit jedem neuen Mitglied wächst der bürokratische Aufwand der Europäischen Union, die dadurch schwerfälliger im Handeln wird. Die Perspektive einer Aufnahme aller europäischen Prätendenten, die auch die Voraussetzung für eine EG-Mitgliedschaft erfüllen, besteht in Wirklichkeit nicht.

Damit wächst aber die Gefahr, daß die Mehrzahl der osteuropäischen Interessenten für eine Teilhabe an dem europäischen Integrationsprozeß schon aus technischen Gründen ausgegrenzt werden müßten. Die Opfer werden voller Mißgunst und Wut auf die Einzelnen schauen, die den Sprung in die europäische Oberklasse geschafft haben. Jede Chance für eine osteuropäische oder gesamteuropäische Integration wäre damit verbaut oder doch sehr behindert.

IV.

Welche akzeptablen Alternativen aber gibt es für die in Aussichtstellung einer EG-Mitgliedschaft, die vorläufig jedenfalls noch in Osteuropa als das Garantiebillett zur irdischen Glückseligkeit angesehen wird? Ich sehe dafür folgende Ansatzpunkte:

1. Die westliche Hilfe, die sich schrittweise stärker auf Beratungstätigkeit konzentriert, muß kritisch überprüft und wirklich zu einem Hebel zur Bewältigung der Transformationsprozesse ausgebaut werden. Die Bundesrepublik wird nach 427 Millionen DM im Haushaltjahr 1992 im kommenden Jahr 530,6 Millionen DM für solche Zwecke zur Verfügung stellen. Eine nähere Betrachtung der Art

und Weise, wie diese Mittel ausgegeben werden, nährt allerdings ernsthafte Zweifel am Sinn dieser Investition. Es gibt keine echte Koordinierung der von der verschiedensten Ministerien in Eigenregie durchgeführten Beratungsprogramme, schon gar nicht eine auf europäischer Ebene. Im Endeffekt treiben sich pausenlos ganze Pulk von hochbezahlten Beratern in den MOE-Staaten und der GUS herum, die teilweise komplett widersprüchliche Ratschläge an den Mann bringen.

Erstaunlicherweise gibt es im Westen bisher auch noch keine Modellvorstellung für eine gesellschaftliche Transformation in der gegebenen Situation, die als Referenzmodell für eine Art Gesamtkonzept der angebotenen Beratungsleistungen dienen könnte. Im günstigsten Fall werden Erfahrungen des IWF mit Entwicklungsländern in Form von Projektstudien auf die osteuropäischen Gesellschaften übertragen - teilweise mit äußerst bedenklichen Resultaten. Manchmal erscheint die deutsche Beratungshilfe auch wie eine großangelegte Alimentation etablierter Beratungsgesellschaften, die serienweise ähnliche sektoral oder regional untergliederte Studien erstellen, ohne genug Einzelumstände von der Situation vor Ort zu berücksichtigen. Es gibt entsprechende Einschätzungen auch für die technische und Beratungshilfe anderer europäischer Geberländer.

2. Man müßte sich auf den ausdrücklichen Wunsch der MOE-Staaten einlassen, den Markt der EG für osteuropäische Exporte zu öffnen. Wer die sogenannten Europa-Abkommen im Detail studiert, stellt fest, daß man in Brüssel nur sehr zögerlich Handelsbarrieren gegen die östlichen Reformstaaten abbaut. Ausgerechnet die Produkte, die Osteuropa tatsächlich konkurrenzfähig auf den westlichen Märkten anbieten könnte, bleiben nach wie vor hängen an hohen, protektionistischen Handelsschranken: So bei Kohle, Stahl, Textilien, Bekleidung und Agrarprodukten. Für eine Übergangszeit muß die Handelsliberalisierung asymmetrisch sein, wenn sich nicht Kahlschlagserfahrungen wie in den neuen deutschen Bundesländern wiederholen sollen.

An diesem Punkt unterscheidet sich vielleicht am ehesten die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft. In dem bereits erwähnten Memorandum der Visegrad-Länder vom September 1992 heißt es wörtlich: "Marktoffnungen für unsere Produkte bleiben in unseren Augen immer noch die wichtigste und wirksamste Methode, unseren Ländern zu helfen." Doch dieselben Politiker, die vor der Öffnung des Eisernen Vorhanges ganze Aufsätze über das künftige Europäische Haus und seine Solidarleistungen fabriziert haben, feilschen jetzt um jede einzelne Quote, um ihre heimischen Märkte abzusichern gegen die gefährliche Konkurrenz aus dem Osten. Dabei wäre eine Stabilisierung der östlichen Volkswirtschaften durch Exporteinnahmen der natürlichste Weg und allen anderen aufwendigen Hilfskonzepten bei weitem vorzuziehen. Leider müßte man in allen europäischen Ländern eine sehr unpopuläre Diskussion führen, um die protektionistischen Schranken gegen osteuropäische Exporte endlich abzubauen.

3. Schließlich plädiere ich für die Einrichtung eines Netzes von sogenannten Regionalen Kooperationszonen als ergänzende oder Substruktur zur Europäischen Union. Ansätze dazu gibt es derzeit an der Ostsee (Ostseerat), in der Kooperation der drei Visegrad-Länder, im Modell der Schwarzmeer-Kooperation, in Form der Penta- oder Hexagonale auf dem Boden der ehemaligen Habsburger Monarchie sowie als Kooperation der Staaten am Rande des Kaspischen Meeres. Immer wird ein regionaler Bezug zwischen etablierten Industriestaaten westlichen Musters mit den angrenzenden Reformstaaten hergestellt. Von in solcher Weise durchmischten Kooperationszonen können die Beteiligten einen doppelten Vorteil ziehen: Sicherheitsprobleme lassen sich auf dieser Ebene wahrscheinlich ortsnäher, besser und direkter lösen als in Gremien wie der KSZE mit 51 Teilnehmern. Und die jeweils beteiligten Weststaaten bekämen eine überschaubare, begrenzte Aufgabe der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Hilfe.

Die Staaten der EG müssen über solche oder ähnliche Wege nachdenken. Ohne den Osten hat Europa keine Zukunft. Die Idee ist nicht, die künftige europäische Union ihre Arme wie Kraken auf immer neue Mitglieder auswerfen zu lassen. Prioritär muß eher sein, die galoppierende Auseinanderentwicklung der Lebensstandards in Ost und West aufzuhalten. Die Öffnung der EG-Märkte für Produkte aus Osteuropa erscheint dafür das richtige, wenn auch nicht einzige Mittel. Dezentrale Kooperationsstrukturen können dann den westeuropäischen Rückzug in die eigenen Privilegien abschneiden, wenn sie nicht als Konzilien der Habenichtse eingerichtet werden.

(-/6. Januar 1993/rs/ks)